

**Ausland**

11.01.2004 -- Tages-Anzeiger Online

**Kriegspläne schon bei Amtsantritt?**

**US-Präsident George W. Bush hat nach Angaben eines gefeuerten Ministers mit den Planungen für den Irak-Krieg schon direkt nach Amtsantritt begonnen, nicht erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.**

US-Präsident George W. Bush soll laut seinem früheren Finanzministers Paul O'Neill schon in den ersten Tagen seiner Amtszeit mit der Planung des Irak-Kriegs begonnen haben und nicht erst nach den Anschlägen vom 11. September.

Das sagte der vor einem Jahr entlassene O'Neill in einem Interview des Fernsehsenders CBS. Laut Autor Ron Suskind, der demnächst ein Buch über die ersten beiden Bush-Jahre veröffentlichen will, zirkulierten in der Regierung schon in den ersten drei Monaten 2001 Pläne für eine Invasion des Irak, für eine Nachkriegsära und Vorstellungen über die Zukunft des irakischen Ols.

Bush-Sprecher Scott McClellan verwies seinerseits darauf, dass Washington das Konzept des Regimewechsels im Irak bereits seit 1998 und damit in der Zeit von Bush-Vorgänger Bill Clinton propagierte.

Der britische Premierminister Tony Blair gab in einem Interview mit der BBC zu, dass die vermuteten Massenvernichtungswaffen des ehemaligen irakischen Diktators Saddam Hussein niemals entdeckt werden könnten.

In einem Land, das doppelt so gross wie Grossbritannien sei, wäre es «nicht überraschend», wenn man «verstecktes Zeug» nicht finde, sagte Blair. Blair betonte jedoch erneut, dass es auf Grund von Geheimdienstinformationen richtig gewesen sei, im Irak einzumarschieren.

O'Neill sagte demgegenüber am Sonntag im US-Magazin «Times»: «In den 23 Monaten, in denen ich da war, habe ich nie etwas gesehen, das ich als Beweis für Massenvernichtungswaffen bezeichnen würde».

Unterdessen kritisierte der Vorsitzende des provisorischen irakischen Regierungsrats, Adnan el Pajaji, die alleinige Verhörung von Saddam Hussein durch die Amerikaner. «Weshalb gibt es nicht jetzt schon eine gemeinsame Befragung?», sagte der Politiker in einem Interview der arabischen Zeitung «Al-Sharq Al-Awsat» vom Sonntag.

Die meisten Opfer Saddams seien schliesslich Iraker und nicht US-Soldaten gewesen. Auch der Entscheid, den Ex-Diktator als Kriegsgefangenen einzustufen, stiess bei den Irakern auf Kritik. Saddam Hussein sei ein «Krimineller, der Verbrechen gegen die Iraker begangen hat und sich vor einem irakischen Gericht verantworten muss».

Das IKRK nannte den US-Entscheid «juristisch akzeptabel». Es sei «immer gut, wenn der Status von Gefangenen aus einem bewaffneten Konflikt geklärt wird», sagte IKRK-Sprecher Ian Piper auf Anfrage.

Damit sei jedoch lediglich der rechtliche Status Saddam Husseins festgelegt. Im Hinblick auf die geforderten Besuche der Organisation von Gefangenen im Irak ändere dies nichts. Das IKRK hatte Ende Dezember Zugang zum früheren irakischen Machthaber gefordert. Laut Piper ist es «eine Frage von Wochen», bis es soweit sein könnte.

Die Gewalt im Irak weitete sich am Wochenende auf den britisch kontrollierten Süden des Landes aus. Bei Zusammenstössen zwischen Demonstranten, irakischen Polizisten und britischen Soldaten wurden in der südirakischen Stadt Amara mindestens fünf Demonstranten getötet. Der Protest hatte sich gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Land gerichtet.

Nach US-Angaben wurde am Samstag in Basra ausserdem ein Iraker mit Wohnsitz in den USA und sein Bekannter erschossen. Der Mann habe als Sicherheitskraft für die

Hafenbehörden der Zivilverwaltung gearbeitet.